

17. I. 1917

Deutscher Nationalverband.

Eine Kundgebung zum Friedensanbot.

* Wien, 16. Januar.

Heute nachmittags fand die angekündigte Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes statt, der während ihrer ganzen mehrstündigen Dauer Handelsminister Dr. Urban beizwohnte.

Ueber diese Sitzung wird parteiamtlich verlauffbart:

Das Communiqué.

Heute fand unter dem Vorsitz des Obmannes Abg. Dr. Gustav Groß eine sehr zahlreich besuchte Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes statt. Die Beratungen erstreckten sich auf die schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen und ergaben in allen diesen Angelegenheiten eine einmütige Stellungnahme des Verbandes.

Zu Beginn der Sitzung wurde auf Antrag des Vorstandes einstimmig und unter stürmischem Beifall die Abwendung des folgenden Telegramms an die Kabinettskanzlei des Kaisers beschlossen: „Die Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes spricht Seiner Majestät dem Kaiser für das gemeinsam mit dem deutschen Kaiser gemachte Friedensanbot den ehrfürchtvollsten Dank aus. Nachdem aber die Feinde die Hand zum Frieden zurückgewiesen haben, wird unser Volk mit unbegrenzter Opferwilligkeit im Kampfe bis zum endlichen Sieg und zum gesicherten Frieden ausharren, getreu dem unseres Kaisers. Für den Deutschen Nationalverband Dr. Gustav Groß.“

Hierauf berichtete der Vorsitzende über die Vorträge des Vorstandes beim Ministerpräsidenten und anderen Mitgliedern der Regierung. Einstimmig wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der Deutsche Nationalverband spricht neuerlich die bestimmte Erwartung aus, daß die Regierung die schon längst als notwendig erkannte und vorbereitete Neuordnung der Dinge in Oesterreich durchführen und die Möglichkeit für die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit schaffen wird.“

Die von dem hierzu bestimmten Ausschuss im Einvernehmen mit der christlichsozialen Partei aufgestellten gemeinsamen Richtlinien wurden entsprechend den Vorschlägen des Vorstandes mit geringen Aenderungen angenommen und der Vorstand beauftragt, das weitere Einvernehmen mit der christlichsozialen Partei zu pflegen.

Einen breiten Raum in der Erörterung nahmen die Fragen der Lebensmittelversorgung ein. Fast sämtliche Anwesenden beteiligten sich an der Beratung hierüber, die zu wertvollen Beschlüssen führte.

Es kam hierauf die vor kurzem verfügte Erhöhung der Eisenbahntarife zur Sprache, und es wurde folgender Antrag zum Beschluß erhoben: „Die neuen Eisenbahntarife finden ihre sachliche Begründung in der Kriegslage. Die finanzielle Küftung des Reiches wird dadurch verstärkt und das wirtschaftliche Durchhalten bis zu einem siegreichen Ende mitgesichert. Es muß aber aus diesem Anlaß von der Regierung mit allem Nachdruck verlangt werden, daß auch durch innere Reformen im Sinne der bekannten Anträge des Staatseisenbahnrates die Verwaltung der Staatsbahnen ökonomischer gestaltet und dadurch Ersparnisse erzielt werden, die zur Deckung der durch den Krieg erhöhten Betriebskosten herangezogen werden können. Auch wird neuerlich die restlose Auflassung der pölig unberechtigten Frachtbegünstigungen für einzelne mächtige Kartelle und Großunternehmungen verlangt. Durch diese Maßnahmen wird es ermöglicht, sie in ihrer Gänze zur Veranschlagung der Kriegsschulden zu verwenden. Endlich hätte die Regierung zu verfügen, daß den Privatbahnen aus den in Aussicht genommenen Anteilen an den Kriegsausfällen kein geschäftlicher Nutzen erwachse. Dieser Anteil wäre daher ohne Rücksicht auf die Rentabilität des Unternehmens lediglich darauf zu beschränken, daß die Betriebsführung gesichert bleibt.“

Am Anschluß daran wurde der Vorstand beauftragt, im Eisenbahnministerium im Interesse der Wohnungsverhältnisse die Forderung zu erheben, daß die Preiserhöhung der Monats- und Nahreskarten für die Fahrt von den in der Umgehung großer Städte gelegenen Orten in die Stadt aufgehoben werde.

Der Verlauf der Sitzung.

Ueber den Verlauf der Sitzung erfahren wir: Der Bericht des Obmannes Dr. Groß über die Besprechungen des Vorstandes mit dem Ministerpräsidenten wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Dr. Groß trat bei diesem Anlaß den Verlichtungen entgegen, als ob der Verlauf dieser Aussprache eine Aenderung in der Haltung des Verbandes zur Regierung im Gefolge haben könnte. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes wird im Laufe dieser Woche neuerlich beim Ministerpräsidenten erscheinen, um die begonnenen Verhandlungen weiter zu führen und gewisse, in der heutigen Beratung des Verbandes geäußerte Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis der Regierung zu bringen. Vor allem handelt es sich hierbei um die Tätigkeit der mit der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung befaßten Amtsstellen und Zentralen, um die Lebensverhältnisse und Beanstandungen von alpenländischer Seite bezüglich der italienischen Ortsbezeichnungen in Südtirol.

Die für heute abends anberaumte Sitzung der Deutschböhmisches Vereinigung wurde wegen der langen Dauer der Vollversammlung auf morgen verschoben.